

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BERLIN
LANDESDELEGIERTENKONFERENZ
7. DEZEMBER 2019
- VORLÄUFIGER BESCHLUSS-**

Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

- 1 Kinder haben Rechte! Vor 30 Jahren wurde die UN-Kinderrechtskonvention verabschiedet - ihre Umsetzung
2 einzufordern hat jedoch nicht an Aktualität verloren. Alle Kinder haben das Recht auf Teilhabe,
3 Chancengleichheit und Empowerment. Berlin ist jedoch die Hauptstadt der Kinderarmut. Es geht hierbei nicht
4 nur um 180.000 Kinder, deren Eltern auf Transferleistungen angewiesen sind, sondern auch diejenigen, die
5 sozial, kulturell, materiell bzw. finanziell benachteiligt sind. Der Kindergeburtstag, der Schulausflug, der volle
6 Kühlschrank – Dinge, die für andere Kinder selbstverständlich sind, sind für viele dieser Kinder ein Luxus, den
7 sie selten erleben. Diese Ungerechtigkeit ist gerade in einem so reichen Land wie Deutschland nicht
8 hinnehmbar.
- 9 Armut nimmt strukturell und systematisch Chancen, Zuversicht und Teilhabe. Kinder tragen nie die
10 Verantwortung für die Armut ihrer Familie, sie übernehmen aber Verantwortung. Sie nehmen die Sorgen wahr
11 und sorgen sich selbst. Sie erfahren Einschränkungen und kürzen die eigenen Bedürfnisse. Sie erfahren ihre
12 Armut durch den Vergleich mit anderen Kindern. Sie erleben soziale Diskriminierung und werden häufig Opfer
13 von Klassizismus und Exklusion. Armut nimmt Hoffnung und kann entmutigen. Armut wird heute vielerorts
14 vererbt und als normal angesehen, das wollen wir nicht länger hinnehmen.
- 15 Es ist skandalös, dass allein Kinder zu bekommen in Deutschland ein Armutsrisiko darstellt. Unabhängig davon,
16 ob ihre Eltern arbeiten, sind Kinder von Alleinerziehenden, Kinder mit mehr als einem Geschwister, Kinder von
17 sucht- bzw. psychisch kranken Eltern, Kinder mit familiärer Migrationsgeschichte oder zugeschriebenem
18 Migrationshintergrund und auch Kinder mit körperlichen Beeinträchtigungen, pflegebedürftige Kinder oder mit
19 einem Elternteil, der pflegebedürftig wird, besonders betroffen. Dass die Menschen, die durch rassistische,
20 sexistische und behindertenfeindliche Einstellungen oder sonstige Diskriminierungen in unserer Gesellschaft
21 noch einmal zusätzlich unter Druck gesetzt werden, nehmen wir nicht hin! Deshalb entwickeln die
22 Senatsverwaltungen unter der rot-rot-grünen Regierung in Berlin mit der Landeskommission zur Prävention von
23 Kinder- und Familienarmut aktuell eine Strategie zur Verbesserung der Lage von armen Familien in Berlin, die
24 im kommenden Jahr vorgelegt wird. Wir erwarten, dass hier von der zuständigen Senatsverwaltung konkrete
25 Maßnahmen vorgeschlagen und zeitnah umgesetzt werden.
- 26 Die allermeisten Eltern tun alles dafür, dass es ihren Kindern gut geht. Eltern sparen an sich selbst, aber auf dem
27 Weg aus der Armut ihrer Kinder scheitern sie häufig an formalen Hürden, an den Vorurteilen der
28 Arbeitgeber*innen und auch an öffentlichen Institutionen. Die Hürden komplizierter und als stigmatisierend
29 empfundener Unterstützungssysteme sind der Hauptgrund für eine hohe Dunkelziffer verdeckter Armut.

30 Auch die Unterschiede zwischen den Bezirken, Stadtteilen und sogar Nachbarkiezen sind
31 gewaltig. Während in den Bezirken Neukölln und Mitte Armut jedes zweite Kind betrifft, ist
32 in Pankow und Steglitz-Zehlendorf „nur“ etwa jedes 8. arm. Im Märkischen Viertel sind
33 weiterhin weit mehr als die Hälfte aller Kinder arm, im benachbarten Lübars „nur“ jedes 16.
34 Kind; im Gesundbrunnen fast zwei Drittel aller Kinder, im benachbarten Stadtteil Mitte
35 dagegen „nur“ jedes 7. Kind und im Prenzlauer Berg „nur“ jedes 10. Kind. Noch krasser sind
36 die Unterschiede zwischen Hellersdorf und Mahlsdorf: Während Kinder in Mahlsdorf nur in
37 Einzelfällen von Armut betroffen sind, trifft es in Hellersdorf fast die Hälfte aller Kinder. Das zeigt: Wenn auch in
38 unterschiedlichem Ausmaß, so ist Kinderarmut doch in allen Stadtteilen ein Problem. Wir setzen deshalb mit
39 Maßnahmen an, die individuell alle Familien erreichen, egal in welchem Stadtteil sie leben. Darüber hinaus
40 müssen jedoch die Kieze, wo besonders viele Familien von Armut betroffen sind, besonders in den Blick
41 genommen werden. Denn ausgerechnet in diesen Stadtteilen fällt häufiger Unterricht aus, ist die
42 Bildungsqualität geringer, die Schulabbruchquote höher und sind die Abschlüsse schlechter. Damit wird Aufstieg
43 durch Bildung fast unmöglich und für viele unerreichbar. Dadurch sinken die Chancen auf eine Ausbildung, ein
44 Studium und ein Beruf und damit die Chancen auf einen Weg heraus aus der Armut und hin zu mehr
45 Lebensqualität und Teilhabe. Auch die Abhängigkeit und Wechselwirkung von Gesundheit und Krankheit zu
46 Einkommensarmut ist insbesondere bei Kindern eine strukturelle Belastung.

47 Hier setzt die ressortübergreifende Gemeinschaftsinitiative zur Stärkung sozial benachteiligter Quartiere dreier
48 Senatsverwaltungen an. Dabei sollen Aktivitäten stärker koordiniert und Ressourcen konzentriert werden. Ziel
49 ist die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen und -chancen in der ganzen Stadt.

50 Für uns gilt dabei das Prinzip der Sozialraumorientierung: Hilfe direkt vor Ort, vielfältig und eng vernetzt, nah
51 bei den Menschen und angepasst an ihre Bedürfnisse. Denn wir haben die Verantwortung für alle Menschen in
52 der Stadt. Wir wollen, dass Kinder ihre Talente frei und zuversichtlich entfalten können – und das unabhängig
53 von Herkunft und Geldbeutel ihrer Familien.

54 Wir werden daher den Armutskreislauf auf allen drei Ebenen durchbrechen: Wir wollen die
55 Kinder materiell eigenständig absichern, die institutionelle Förderung und Begleitung der
56 Familien verbessern und bürokratische Hürden abbauen, indem wir die Verwaltung neu
57 aufstellen.

58 **Wege aus der Kinderarmut – die grüne Kindergrundsicherung**

59 Arm ist zuallererst, wer kein oder zu wenig Geld hat. Daher ist Kinderarmut auch stets
60 Familienarmut. Kinder sind jedoch keine kleinen Erwachsenen oder Anhängsel ihrer Eltern, sie
61 sind Träger*innen eigener Rechte und haben eigene Bedarfe. Wir wollen arme Kinder
62 eigenständig absichern, um die materielle Seite der Kinderarmut zu beheben. Dabei setzen wir
63 auf die Einführung einer umfassenden Kindergrundsicherung. Die Bundestagsfraktion von
64 Bündnis 90/Die Grünen hat dazu ein konkretes Konzept entwickelt, das wir auch als Berliner
65 Bündnisgrüne unterstützen.

66 Denn die bestehende Familienförderung in Deutschland ist ein massiv ungerechtes Drei-
67 Klassen-System: Wohlhabende Familien erhalten völlig unbürokratisch hohe Kinderfreibeträge,
68 gesichert durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Familien mit kleineren und
69 mittleren Einkommen erhalten unbürokratisch das Kindergeld, das bereits niedriger liegt als
70 die hohen Kinderfreibeträge, von denen Wohlhabende profitieren. Beide profitieren von einer
71 automatischen Prüfung zu ihren Gunsten durch das Finanzamt. Dagegen müssen Familien, deren
72 Einkommen nicht für alle Familienglieder reicht oder die vollständig auf Sozialleistungen
73 angewiesen sind, mehrfach im Jahr bei völlig unterschiedlichen Behörden Unmengen

74 komplizierter Anträge stellen. Dabei wird das Kindergeld mit anderen Sozialleistungen
75 verrechnet, netto also nicht gezahlt – gerade die Kinder, die Kindergeld am dringendsten
76 brauchen, sind damit vom Bezug ausgeschlossen. Das ist zutiefst ungerecht und wollen wir ändern!
77 Unterstützungsleistungen wie Kinderzuschlag
78 oder Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket sind so kompliziert, dass die meisten
79 Familien sie weder kennen noch beantragen. Familien, die ohnehin schon mehr Geld haben,
80 werden so staatlich gefördert, während für die Ärmern Hürden aufgebaut werden.

81 Das wollen wir ändern! Die mehrfachen Ungerechtigkeiten wollen wir auf Bundesebene mit unserem
82 Gesetzesentwurf für starke Kinderrechte im Grundgesetz und mit der
83 Einführung einer grünen Kindergrundsicherung lösen – wir begrüßen, dass unsere
84 Bundestagsfraktion hierzu ein Konzept vorgelegt hat. Sie ist dynamisch an die Entwicklung
85 der Lebenshaltungskosten angepasst, wird automatisch ausgezahlt und als eigenständige
86 Leistung nicht mehr auf das Einkommen der Eltern angerechnet. Dafür wollen wir das soziokulturelle
87 Existenzminimum neu berechnen, an den tatsächlichen Bedarfen von Kindern bemessen und so erhöhen, dass
88 Kinder gut leben können. Dazu wollen wir auch die Hineinrechnung von Familien, die Sozialgeld bekommen,
89 beenden. Ein
90 Garantiebetrag für alle ersetzt Kindergeld und die Kinderfreibeträge, unabhängig vom
91 Einkommen der Eltern, und ein GarantiePlus-Betrag für alle armen Kinder kommt dazu und fasst
92 die Kinderregelsätze, das sich dynamisch entwickelnde soziokulturelle Existenzminimum, den
93 Kinderzuschlag und viele Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zusammen, wobei aber
94 individuelle Mehr- und Einmalbedarfe selbstverständlich erhalten bleiben. Weil nach unserem
95 grünen Konzept Eltern dem automatischen Informationsabgleich der Behörden zustimmen können
96 und dann mit einem einmaligen Antrag wie heute beim Kindergeld alle Leistungen der
97 Kindergrundsicherung automatisch ausgezahlt werden, ist die grüne Kindergrundsicherung
98 wesentlich unbürokratischer und für Eltern einfacher zu handhaben. Außerdem soll die
99 Kindergrundsicherung für Kinder Alleinerziehender nur noch zur Hälfte auf den
100 Unterhaltsvorschuss angerechnet werden, so dass die automatische Angleichung auch endlich in
101 Ein-Eltern-Familien ankommt.

102 Auf der Berliner Ebene haben wir uns mit der rot-rot-grünen Koalition vorgenommen, Familien finanziell zu
103 entlasten. Diesen Weg wollen wir fortsetzen und dabei dafür sorgen, dass die Angebote höchsten
104 Qualitätsanforderungen genügen. Beste Kita- und Hortbetreuung, gesundes Schulesen und Busse und Bahnen,
105 die die Kinder sicher und verlässlich ans Ziel bringen, sind dafür Voraussetzung. Von kostenfreier Kita- und
106 Hortbetreuung, dem kostenfreien Schulesen oder dem kostenfreien ÖPNV-Ticket für Schüler*innen profitieren
107 alle Familien, besonders aber Familien, die in Armut leben. Gerade den Familien, für die die Hürden des
108 Bildungs- und Teilhabe-Pakets (BuT) zu hoch waren und Familien, die statistisch nicht als arm erfasst werden
109 und in verdeckter Armut leben, helfen wir hier unbürokratisch und direkt.

110 **In Verwaltung und Arbeitswelt Hürden abbauen**

111 Die Berliner Verwaltung war bislang nicht gerade für unbürokratische und schnelle Hilfe
112 bekannt – Rot-Rot-Grün hat sich hier auf den Weg gemacht und wir arbeiten weiter daran,
113 unsere Verwaltung noch fitter zu machen. Mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 setzen wir einen Schwerpunkt
114 beim Ausbau der Online-Dienstleistungen im Berliner Servicekonto. Davon profitieren natürlich alle
115 Berliner*innen; wir wollen aber ein Augenmerk darauf legen, die Verwaltung besonders für Familien schneller
116 und besser zu machen. Das ist besonders wichtig für Familien, die in Armut leben, da sie dringender auf gewisse
117 staatliche Leistungen angewiesen sind. Im Rahmen unserer Forderung nach einem Familienförderungsgesetz, auf das
118 wir uns im Koalitionsvertrag verständigt haben, setzen wir uns dafür ein, dass alle Bezirksämter ein

119 Familienbüro einrichten. Alle Leistungen, die Familien zustehen, sollen hier gebündelt beantragt werden können
120 und auch Sozialarbeiter*innen sollen zur Bdas leben erleerung stehen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass
121 beispielsweise für Elterngeld, Wohnberechtigungsschein oder Kindergeld immer wieder dieselben Unterlagen
122 eingereicht werden müssen. Wenn es möglich gemacht wird, dass ein*e Sachbearbeiter*in für jede Familie alle
123 notwendigen Unterlagen sammelt und anschließend mit den zuständigen Stellen weiter verarbeitet, würde das
124 Eltern vieles enorm erleichtern.

125 Gerade höherschwellige Zugänge, wie etwa der zum BuT, würden Familien damit erleichtert und
126 könnten wesentlich einfacher abgerufen werden. Auch die unterschiedlichen Leistungen, die
127 teilweise vom Jugendamt und teilweise vom Sozialamt finanziert werden, könnten hier zusammen
128 bearbeitet werden und würden armen Familien das Leben erleichtern. Kinder und Familien im
129 Transferleistungsbezug haben ein Recht auf Kostenübernahme für den Musikschulunterricht oder die
130 Klassenfahrt – jeder neue Antrag ist aber eine unnötige Hürde. Wir wollen zuständige Mitarbeiter*innen in den
131 Senats- und Bezirksverwaltungen, aber auch pädagogische Fachkräfte für heterogene Lebensumstände der
132 Familien sensibilisieren, Angebote an den Anliegen der Familien entlang partizipativ konzipieren sowie
133 Gespräche mit Familien dialogisch gestalten, die auf Respekt und Wertschätzung basieren. Um dieses Ziel zu
134 erreichen, werden wir daraufhin wirken, entsprechende nachhaltige Qualifizierungsmaßnahmen zu finanzieren.
135 Geflüchtete Familien und Familien mit Zuwanderungsgeschichte sind oft überproportional von Armut betroffen.
136 Deshalb ist es zwingend erforderlich, dass Angebote, Maßnahmen und Projekte zur Armutsbekämpfung sich an
137 den Bedürfnissen aller Betroffenen orientieren. Dazu gehören zum Beispiel muttersprachliche Informationen
138 und Angebote sowie muttersprachliches Personal.

139 Eine entsprechende Umstellung der Verwaltung kann jedoch nur eine Übergangslösung sein. Für uns ist die
140 Abschaffung des Bildungs- und Teilhabepakets der richtige Weg. Die Kinder brauchen stattdessen endlich eine
141 Kindergrundsicherung auf Bundesebene einerseits und andererseits in Berlin Angebote bei Mittagessen,
142 Nachhilfe, Sport, und Kultur, die beispielsweise in
143 Ganztagschulen stattfinden und damit allen Kindern ohne bürokratische Anträge und Hürden
144 zugänglich sind. Denn alle Kinder haben ein Recht auf gute Bildung und Teilhabe. Alle werden
145 bestmöglich gefördert, kein Kind steht gedemütigt daneben, weil der entsprechende Antrag
146 nicht ausgefüllt wurde. Das BuT wird derzeit gerade von denen nicht in Anspruch genommen,
147 die es am nötigsten bräuchten. Das wollen wir ändern. Eine Aufgabe, bei der sowohl die
148 Länder als auch der Bund in der Verantwortung sind.

149 Um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, ist Prävention das entscheidendste Mittel. Die Logik
150 der Kosten-Leistungs-Rechnung des Berliner Haushalts ist damit jedoch schwer in Einklang zu
151 bringen. Damit die Bezirke hier handlungsfähiger werden und flexibler auf die Bedarfe vor
152 Ort reagieren können, haben wir uns im Rahmen der Doppelhaushaltsverhandlungen für ein so
153 genanntes Flexibudget für die Bezirke eingesetzt. Damit soll für Familien, Kinder und
154 Jugendliche in besonderen oder belastenden Lebenslagen ein frühzeitiger Zugang zu gezielten,
155 bedarfsgerechten sozialräumlichen Angeboten im Rahmen von Jugendsozialarbeit, Förderung der
156 Erziehung und Beratung in Fragen von Partnerschaft, Trennung und Umgangsrecht ermöglicht
157 werden, bevor Hilfen zur Erziehung nach §27 des Achten Sozialgesetzbuches nötig werden. Wir
158 wollen damit die bezirkliche Steuerung und die sozialräumliche Infrastruktur durch die
159 Bereitstellung von zusätzlichen zweckbezogenen Mitteln für frühe Ansätze im Vorfeld der
160 Notwendigkeit von Hilfen zur Erziehung stärken. Zur Entlastung von Kindern in belasteten Familien sollte auch
161 die Möglichkeit der Kostenübernahme für Familientherapie frühzeitig in Erwägung gezogen werden. Oftmals
162 decken die Sozialleistungen notwendige und insbesondere unvorhergesehene Ausgaben nicht ab. Während es
163 für Neugeborene oder Schulanfänger*innen zwar eine Zahlung für die Erstausrüstung gibt, müssen in den
164 folgenden Jahren anfallende Kosten, wie zum Beispiel das größere Kinderbett oder nach einigen Jahren ein

165 neuer Schulranzen, selbst finanziert werden. Da der Hartz-IV-Satz unter dem Existenzminimum liegt, ist es
166 unmöglich daraus etwas anzusparen. Um diese Bedarfe unkompliziert zu decken, unterstützen wir daher bis zur
167 Einführung einer bedarfsdeckenden Kindergrundsicherung dem Beispiel des Bezirks Mitte folgend die
168 Einrichtung von Härtefallfonds in den Bezirken.

169 Kinderarmut entsteht dort, wo Eltern arm sind. Neben staatlicher Hilfe in der aktuellen
170 Notsituation muss es also oberste Priorität haben, Eltern zu ermöglichen, aus der Armut
171 heraus zu kommen oder gar nicht erst hinein zu kommen. Eine Arbeit, von der man auch leben
172 kann, ist dafür unerlässlich. Deshalb ist es gut, dass wir zum Beispiel im nun vorgelegten
173 Entwurf für ein Vergabegesetz auf einen angemessenen Mindestlohn achten. Aber auch die
174 Arbeitswelt muss strukturell Wege aus der Armut unterstützen. Dafür muss es möglich sein,
175 dass Eltern eine Ausbildung in Teilzeit machen oder, wenn sie bereits in einem
176 Arbeitsverhältnis sind, für begrenzte Zeit in Teilzeit gehen und anschließend ein
177 Rückkehrrecht zu einer Vollzeitbeschäftigung haben. Wir erwarten hier von der Berliner
178 Verwaltung, dass sie eine Vorbildfunktion bei der Teilzeitausbildung einnimmt und
179 entsprechende Möglichkeiten offensiv bewirbt. Wir wollen Eltern, die von Hartz-IV leben, bei der Vermittlung in
180 gute Arbeit besser unterstützen. Das im Bezirk Mitte erprobte Modellprojekt der verstärkten Förderung von
181 Familien-Bedarfsgemeinschaften, in denen kein Mitglied einer Erwerbsarbeit nachgeht, wollen wir auf ganz
182 Berlin ausweiten. Davon profitieren insb. Alleinerziehende und ihre Kinder. Durch die Betreuung dieser
183 Bedarfsgemeinschaften im Rahmen eines eigenen Teams mit einem besseren Betreuungsschlüssel ist es
184 gelungen, mehr als 200 Personen in Arbeit zu bringen. Neben dem dadurch erzielten Erwerbseinkommen für die
185 Familie wird auch die Vorbildfunktion der Eltern für ihre Kinder gestärkt. Auch für geflüchtete Familien muss
186 unabhängig vom Aufenthaltsstatus spätestens nach 6 Monaten eine Arbeits- und Ausbildungserlaubnis erteilt
187 werden, auch wenn das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist. Diese existenzielle Sicherheit kann geflüchteten
188 Familien beim Fußfassen in Berlin helfen und dazu beitragen, traumatische Erfahrungen zu verarbeiten.

189 **Rahmenbedingungen verändern**

190 In Berlin gibt es aber auch viele Eltern, die gern (mehr) arbeiten würden, aber keine
191 zuverlässige Betreuung für ihre Kinder haben und es deshalb nicht schaffen, aus der Armut
192 heraus zu kommen. Deshalb kämpfen wir für ausreichend Kitaplätze und dafür, dass Eltern bei
193 der Auswahl einer Kindertagesbetreuung auch tatsächlich wieder eine Wahl haben. Alle Träger
194 brauchen bei der Suche nach und dem Erwerb von Flächen u. a. durch die Ausweitung von
195 Erbbaupachtverträgen Unterstützung und ein ausfinanziertes Neubauinvestitionsprogramm. In
196 Zusammenarbeit mit IHK und HWK und insbesondere den landeseigenen Betrieben wollen wir auch
197 die Einrichtung von Betriebskitas voranbringen.

198 Bildungs- und Betreuungsangebote müssen zudem den tatsächlichen Bedarf der Familien
199 abdecken. Eltern, die beispielsweise im Schichtdienst bis 20 Uhr arbeiten müssen, nützt eine
200 Kita, die um 17 Uhr schließt, wenig. Hier gilt es, passende Angebote zu schaffen, die am
201 Kindeswohl orientiert sind. Verlängerte Kita-Öffnungszeiten sind dabei zwar ein Baustein,
202 können aber nicht alle Bedarfe abdecken. Berlin hat mit dem MoKiS (Mobiler
203 Kinderbetreuungsservice für Eltern mit besonderen Arbeitszeiten) ein
204 Angebot für Eltern, die außerhalb von Kita-Öffnungszeiten arbeiten müssen. Das Angebot ist
205 aber zum einen zu unbekannt und zum anderen sind die Hürden, tatsächlich auf diesem Weg an
206 eine Betreuung zu kommen, viel zu hoch. Hier wollen wir ansetzen und den MoKiS bekannter
207 machen, aber vor allem leichter zugänglich.

208 Viele Familien leben über Generationen hinweg in Armut – um diesen Kreislauf zu

209 durchbrechen, braucht es auch eine langfristige Strategie. Dabei ist ein wichtiger Hebel
210 eine diskriminierungsfreie Bildungspolitik, die allen Kindern gerechte Chancen bietet.
211 Dafür haben wir zuletzt 2018 in unserem Beschluss „Schule fürs Leben: Bessere Schulen, mehr
212 Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt“ konkrete Schritte
213 vorgeschlagen. Die hohe Schulabbrecher*innen-Quote sowie die hohe Zahl von Schulabsolvierenden mit
214 geringer Literalität in Berlin muss endlich gesenkt werden und allen Kindern muss ein guter Zugang zu Bildung
215 ermöglicht werden – längeres gemeinsames Lernen, Schulsozialarbeit oder kostenlose Unterstützung bei
216 Hausaufgaben aber auch Erwachsenenbildungsangebote zur Stärkung von Eltern sind Beispiele dafür, wie
217 zumindest ein Stück weit unterschiedliche Voraussetzungen in den Familien ausgeglichen werden können.
218 Kein*e Jugendliche*r darf mehr ohne Anschlussperspektive die Schule verlassen. Wir setzen uns deshalb für ein
219 elftes Pflichtschuljahr für Schüler*innen ohne Anschlussperspektive ein, das in den Berufsschulen angeboten
220 wird. Auch wer eine Ausbildung abbricht, soll durch die Jugendberufsagentur so lange begleitet werden, bis eine
221 neue Perspektive gefunden wurde. Und vor Abschluss einer Ausbildung sollen die Berufsschulen mit ihrem
222 sozialpädagogischen Personal in Kooperation mit der Jugendberufsagentur den Jugendlichen eine
223 Anschlussperspektive eröffnen, falls die Jugendlichen sich diese noch nicht eigenständig erschlossen haben.

224 Um Armut wirksam zu bekämpfen, muss Unterstützung bereits während der Schwangerschaft
225 und von Geburt an ansetzen. Gerade junge Eltern dürfen in dieser aufregenden und anstrengenden Zeit nicht
226 allein gelassen werden. Bereits mit dem letzten Doppelhaushalt haben wir die Ausweitung der Babylots*innen
227 auf alle Geburtsstationen auf den Weg gebracht.
228 Die Idee dahinter: Krisen verhindern, bevor sie entstehen. Babylots*innen informieren
229 Schwangere und ihre Partner*innen über Unterstützungsmöglichkeiten nach der Geburt. Aber
230 auch der Ausbau von Begegnungsorten wie Stadtteilzentren und Kinder-, Jugend- und
231 Familienzentren sind ein wichtiger Baustein zur Stärkung der frühen Hilfen.

232 Die meisten Eltern kümmern sich vorbildlich um ihre Kinder und geben ihr Bestes zu deren Unterstützung. Wenn
233 Armut sich in Familien aber über Generationen hinweg fortsetzt, führt das in zu vielen Fällen auch zu
234 Hoffnungslosigkeit bei den Eltern, teilweise zu Depression oder
235 Suchterkrankungen. Gerade in solchen Situationen brauchen Familien gezielte Unterstützung.
236 Wir haben uns deshalb in den Beratungen zum Doppelhaushalt dafür eingesetzt, dass es für
237 Eltern von Grundschulkindern eine Elternbegleitung gibt, die sie empowert, ihre Kinder gut
238 durch die Schulzeit zu begleiten. Um die Einzelfallhilfe und Familienhilfe in besonders belasteten Familien
239 weiter zu verbessern, wollen wir eine externe Evaluation ermöglichen, damit fallbezogene Hilfe bei den
240 Familien in hoher Qualität ankommt. Um den intergenerationalen Armutskreislauf durchbrechen zu können, ist
241 es an der Zeit, frühkindliche Bildung und Erwachsenenbildung (Bildungsangebote wie etwa Grundbildung für
242 Eltern) im Rahmen von Angeboten der Familienbildung (family literacy) gemeinsam zu denken. Dieser
243 erfolgsversprechende Ansatz wird in Deutschland kaum verfolgt. Berlin könnte hierfür eine Vorreiterrolle
244 übernehmen und ein Konzept zur Familienbildung als landesfinanziertes Programm pilotieren, behutsam
245 erproben und sukzessiv ausdehnen. Eine enge Kooperation zur Stärkung von Familienbildung zwischen
246 Volkshochschulen und Kitas sowie Grundschulen könnte erkenntnisbringend sein, wobei an bereits bestehende
247 erfolgreiche Angebote angeknüpft werden sollte, um Parallelstrukturen zu vermeiden und Synergien zu nutzen
248 und zu stärken.

249 Es gibt in Berlin eine Vielzahl an großartigen Einrichtungen, die mit
250 Kindern, Jugendlichen und Familien arbeiten. In Musik- und Jugendkunstschulen, in Kinder- und
251 Jugendfreizeiteinrichtungen
252 können Kinder und Jugendliche sich frei entfalten und erfahren Unterstützung in ihrer
253 individuellen Entwicklung. Abseits von Notendruck und elterlicher Aufsicht können sie sich

254 hier ausprobieren und werden in ihren Interessen gefördert. Die Menschen, die hier mit den
255 Kindern und Jugendlichen arbeiten, leisten einen zentralen Beitrag für deren Entwicklung
256 und zum sozialen Zusammenhalt in den Kiezen. Genauso wichtig sind Familienzentren oder
257 Nachbarschaftsheime, die Familien beraten und unterstützen. Viele der Familienzentren in
258 Berlin gehen bereits jetzt über die „typischen“ Beratungsthemen rund um Familie und
259 Erziehung hinaus, da der Bedarf an Schuldner*innenberatung, Mietrechtsberatung und ähnlichen
260 Beratungen stetig wächst und für viele Familien zur Herausforderung wird. Wir wollen die
261 Familienzentren finanziell in die Lage versetzen, diese Beratungen weiter anzubieten und – ähnlich wie die
262 Early Excellence Centres in England – sich weiter hin zu Orten zu entwickeln, an denen Familien
263 eine ganzheitliche Beratung, von Erziehungs- über Gesundheitsfragen bis hin zur
264 Bewerbungsberatung, erfahren. Durch aktive Gesundheitsförderung werden aus Kindern nicht nur
265 gesundheitsbewusste Erwachsene, sondern können auch Auswirkungen von Armut eingeschränkt werden. Wir
266 wollen den öffentlichen Gesundheitsdienst besser finanzieren sowie eine stärkere Vernetzung der Hilfe für
267 Menschen mit besonderen Einschränkungen und dem Gesundheitswesen für von Behinderung betroffener oder
268 bedrohter Kinder sowie für pflegende Kinder und Jugendliche. Wir wollen auch Mehrgenerationen-Häuser darin
269 bestärken, im Rahmen ihrer Arbeit und ihrer Angebote Kindern, Jugendlichen und Familien zu helfen und einen
270 Beitrag zur Armutsbekämpfung zu leisten.

271 Wer Familien gut unterstützen will, muss auch die im Blick haben, die ihnen helfen. Denn gerade die Menschen,
272 die hier arbeiten, gehen oft auf dem Zahnfleisch. Es ist deshalb dringend nötig, den Sozialarbeiter*innen und
273 anderem Fachpersonal sowohl eine langfristige Perspektive zu bieten als auch ihre Arbeit entsprechend ihrer
274 Leistungen zu entlohnen. Es ist deshalb richtig, dass Sozialarbeiter*innen wie Erzieher*innen nach den
275 Tarifverhandlungen der Länder in Berlin mehr Geld bekommen. Wir setzen uns aber auch dafür ein, dass die
276 Kostenblätter sowie die Entgelte und Zuwendungen, die die freien Träger bekommen, endlich so angepasst
277 werden, dass Kostensteigerungen, die durch alterndes und damit in Tarifstufen aufsteigendes und deshalb
278 „teurer“ werdendes Personal entstehen, mit abgedeckt sind. Es kann nicht sein, dass Sozialarbeiter*innen in dem
279 Moment, in dem sie eine Erfahrungsstufe nach oben rutschen, ihre Arbeitsstunden reduzieren müssen,
280 damit der Träger sie weiterhin finanzieren kann. Für eine solide Finanzierung von Trägerstrukturen bedarf es
281 auch einer auskömmlichen, einheitlichen Verwaltungsgemeinkosten-Pauschale im Bereich der Zuwendungen
282 um eine nachhaltige Fortführung der wichtigen Arbeit zu gewährleisten. Die bisherige Unterfinanzierung der
283 Gemeinkosten geht häufig gerade auch zu Lasten der Mitarbeiter*innen. Außerdem stellt die Tatsache, dass
284 viele Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie Familienzentren und Nachbarschaftsheime nur
285 projektfinanziert sind, viele der hier Angestellten immer wieder vor Herausforderungen: Wer
286 im Dezember, beziehungsweise teilweise sogar im Januar und Februar noch nicht weiß, ob er
287 für das kommende (oder bereits laufende) Jahr noch eine Arbeit hat, kann sich kaum auf die
288 Probleme der Kinder, mit denen er*sie arbeitet, konzentrieren. Da Arbeit mit Kindern und
289 Familien immer auch Beziehungsarbeit ist, die nur langfristig funktionieren kann, wollen wir
290 mehr Einrichtungen langfristig finanzieren. Dass die rot-rot-grüne Koalition ein so gut
291 laufendes Projekt wie die Stadtteilmütter endlich in eine längerfristige Finanzierung
292 überführt hat, ist deshalb ein guter Schritt! Und die Stadtteilmütter zeigen auch:
293 Aufsuchende, begleitende Eltern- und Familienarbeit ist ein Schlüssel zum Erfolg. Es bleibt
294 daher unser Ziel, mit einer Ausweitung des Projektes Stadtteilmütter Familien unabhängig von
295 ihrer Herkunft zu unterstützen. Auch die Supervision der Stadtteilmütter durch Fachkräfte soll selbstverständlich
296 sein und verlässlich finanziert werden. Es ist bedauerlich, dass der Senat sich mit der Umsetzung
297 des Koalitionsvertrages hier auf Kosten der Stadtteilmütter und der betroffenen Familien
298 Zeit lässt.

299 Wir wollen die aufsuchende Familienarbeit wieder ausbauen und mit ihr einen großen Schritt

300 Richtung präventiver Sozialarbeit tun. Ein Ausbau der Erstbesuche des Kinder- und
301 Jugendgesundheitsdienstes bei Familien mit Neugeborenen wäre dafür eine Möglichkeit.

302 Sämtliche Angebote der Familienarbeit und Familienförderung, die nach §16 des Achten
303 Sozialgesetzbuches der allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie vorgesehen sind,
304 müssen rechtlich umfassender abgesichert sowie an einwohnerbezogenen Richtwerten orientiert
305 werden. Das Angebot muss bedarfsgerecht weiterentwickelt und mit qualitativen sowie
306 quantitativen Fachstandards verbindlich abgesichert werden. Dafür wollen wir mit der rot-
307 rot-grünen Koalition noch in dieser Wahlperiode ein Familienfördergesetz erlassen. Wir
308 erwarten von der zuständigen Senatsverwaltung, dass ein entsprechender Entwurf so
309 rechtzeitig vorgelegt wird, dass er noch 2020 beschlossen werden kann.

310 Der Mangel an leistbarem Wohnraum ist für viele Berliner Familien ein immer größer werdendes Problem –
311 aber besonders schwer haben es Familien, die von Armut betroffen sind. Immer häufiger werden sie aus ihrem
312 sozialen Umfeld verdrängt, auf das sie angewiesen sind. In Extremfällen werden Familien sogar wohnungslos,
313 weil sie zwangsgeräumt wurden.

314 Sie leben oft in Unterkünften, die nicht an die Bedarfe von Kindern angepasst sind: Familien
315 teilen sich meist ein Zimmer, so dass es keine Rückzugsmöglichkeiten oder Raum für
316 Entfaltung für die Kinder gibt. Berlin hatte als erste Stadt in Deutschland eine
317 Notunterkunft für wohnungslose Familien. Allein, dass eine solche Einrichtung nötig ist, ist
318 beschämend. Wir fordern deshalb, dass bei kommunalen Wohnungsgesellschaften grundsätzlich keine
319 Räumungen stattfinden, wie dies auch im Wohnraumversorgungsgesetz vorgeschrieben ist, und wollen prüfen,
320 inwiefern über eine Härtefallregelung auch bei privaten Vermieter*innen verhindert werden kann, dass Familien
321 durch Zwangsräumung wohnungslos werden. Daneben wollen wir auch durch die verstärkte befristete
322 Beschlagnahmung von Wohnraum nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) bei privaten
323 Vermieter*innen Zwangsräumungen von Familien in die Wohnungslosigkeit verhindern. Ein entscheidender
324 Baustein ist ebenso die Prävention, die wir landesweit durch aufsuchende Hilfe ausbauen wollen. Zudem soll die
325 Anstalt des öffentlichen Rechts "Soziale Wohnraumversorgung Berlin" gemeinsam mit den landeseigenen
326 Wohnungsunternehmen und sozialen Trägern das Präventionsprogramm der landeseigenen
327 Wohnungsunternehmen verbessern und stärken, auch damit Mietschulden gar nicht erst entstehen – dabei
328 sehen wir auch die Jobcenter in der Pflicht. Denn wenn die Aussicht auf die Fortführung des Mietvertrages
329 besteht, sollten diese die Mietschulden auch übernehmen. Wir begrüßen, dass der Senat bei den Kosten der
330 Unterkunft die Härtefallregelung für Familien ausgebaut hat.

331 Besonders dramatisch ist die Situation für wohnungslose geflüchtete Familien. Wir erwarten, dass die
332 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen alle rechtlichen Gestaltungsräume ausschöpft, um die
333 Wohnungslosigkeit geflüchteter Familien zu beenden. Dazu gehört auch, sie unabhängig vom Aufenthaltsstatus
334 nicht länger vom Wohnberechtigungsschein (WBS) auszuschließen und bei den öffentlichen
335 Wohnungsbaugesellschaften Kontingente für geflüchtete Familien bereitzustellen. Spätestens nach sechs
336 Monaten soll diesen Familien eine Wohnung zugewiesen werden.

337 Wir kämpfen außerdem für mehr bezahlbaren Wohnraum. Dafür wollen wir den Bau neuer Wohnungen
338 beschleunigen, setzen uns aber auch für den Erhalt von bezahlbaren Wohnungen ein - dazu haben wir eine
339 ausführliche Beschlusslage, die alle Instrumente vom Wohnraumschutz, preisgünstigen Neubau, den Ankauf
340 bzw. der Rekommunalisierung bis hin zum Mietendeckel und der Vergesellschaftung von Wohnraum umfasst.
341 Unsere grünen Stadträt*innen schaffen deshalb immer mehr Milieuschutzgebiete und ziehen immer häufiger das
342 Vorkaufsrecht oder sichern durch Abwendungsvereinbarungen bezahlbaren Wohnraum.
343 Und der von der rot-rot-grünen Regierung in Berlin beschlossene Mietendeckel ist ein
344 wichtiger Schritt zur Eindämmung der Mietenexplosion. Auch die von uns etablierte Fachstelle

345 gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt hilft vielen Familien im Sozialleistungsbezug,
346 da viele Vermieter*innen Familien im Leistungsbezug bei der Wohnungsvergabe benachteiligen.
347 Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass gemeinwohlorientierte Bauträger*innen wie
348 Genossenschaften und Stiftungen gefördert werden. Wir wollen einen höheren Anteil an
349 Sozialwohnungen; davon profitieren vor allem auch einkommensschwächere Familien.

350 Gemeinwohlorientierte Bauträger*innen, wie Genossenschaften und Stiftungen, sollen durch mehr Förderung
351 finanziell unterstützt sowie bei der Grundstücksvergabe im Erbbaurecht berücksichtigt werden, damit sie mehr
352 einkommensschwachen Familien eine Wohnung zur Verfügung stellen können. Zudem wollen wir, dass nach
353 Hamburger Vorbild die Genossenschaftsanteile als Darlehen von den Jobcentern zur Verfügung gestellt werden,
354 damit auch Familien ohne eigenes Einkommen in eine Genossenschaftswohnung ziehen können.

355 **Mit Grün: gute Startchancen für alle Kinder**

356 Um Kinderarmut zu bekämpfen, braucht es ein Bündel an Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene,
357 das Familien sowohl finanziell entlastet als auch durch veränderte Rahmenbedingungen in
358 Verwaltung, Arbeitswelt, Schule und Kita unterstützt, ausreichend bezahlbaren Wohnraum,
359 Beratungsangebote und Angebote von Kinder-, Jugend- und Familienzentren schafft und jegliche Form von
360 Diskriminierung systematisch, ganzheitlich und nachhaltig abbaut. Bündnis
361 90/Die Grünen Berlin stellen sich dieser Herausforderung – denn für uns ist klar: Kein Kind
362 darf aufgrund seines familiären Hintergrunds benachteiligt sein; wir kämpfen weiter dafür,
363 dass alle Kinder gute Startchancen ins Leben haben!